

**Rede
von**

Oliver Lottke, MdL

zu TOP Nr. 20c

Aktuelle Stunde

Soziale Spaltung in Niedersachsen bekämpfen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/5130

während der Plenarsitzung vom 20.11.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ich bin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr dankbar für diese Aussprache. „Soziale Spaltung in Niedersachsen bekämpfen“ – das ist der Titel dieser Aktuellen Stunde, und genau dieses Ziel verfolgt die SPD-geführte Landesregierung seit ihrem Antritt vor zwei Jahren.

Es liegt nicht allein in niedersächsischer Hand, diese Aufgabe zu bewältigen, sondern wir sind maßgeblich auf die Unterstützung der Bundesebene angewiesen. Deshalb bin ich sehr froh, dass es in Berlin gelungen ist, die von Minister Hubertus Heil auf den Weg gebrachte Grundrente nun ab Januar 2021 für bis zu 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner ohne Bedürftigkeitsprüfung einzuführen. Denn auch Respekt für die Lebensleistung ist ein Mittel gegen soziale Spaltung.

Anrede,

vor meinem Eintritt in den Niedersächsischen Landtag habe ich als Sozialpädagoge mehr als 20 Jahre mit benachteiligten Menschen gearbeitet – unter anderem mit psychisch kranken und mit wohnungslosen Menschen. Ich habe es leider sehr häufig erlebt, dass Menschen zum Beispiel mit psychischen Problemen beim Jobcenter ihrer Mitwirkungspflicht nicht im vollen Umfang nachkommen konnten. Oft kam es dann zu Sanktionen, die aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt waren. Daraus folgten häufiger große finanzielle Probleme für die Betroffenen. Und Aufgabe der betreuenden Einrichtungen war es dann, Lösungen für diese finanziellen Notlagen zu finden.

Ich sage es frei heraus: Eigentlich haben die Mitarbeiter dort andere, wichtigere Aufgaben, als die Folgen starrer und in Teilen lebensferner Hartz-IV-Sanktionen zu korrigieren. Deshalb bin ich sehr froh, dass das Bundesverfassungsgericht die Sanktionen teilweise gekippt und die rigiden Regeln kritisiert hat.

Bisher ist es leider nicht möglich, außergewöhnliche Härten zu berücksichtigen – wie etwa die Probleme psychisch kranker Menschen. Auch die starre

dreimonatige Dauer der Sanktionen sei unverhältnismäßig, urteilten die Richter, und wenn eine Mitwirkungspflicht nachträglich erfüllt werde, müsse dies zum Ende der Sanktionen führen.

Ich hoffe nun, dass sich der Gesetzgeber zügig mit dem Hartz-IV-Sanktionssystem befassen wird, um unter anderem die von mir beschriebenen Unwuchten bei den Sanktionen zu beseitigen. Denn auch dies ist ein wichtiger Beitrag, um soziale Spaltung zu bekämpfen.

Anrede,

ich bin unserer Sozialministerin Carola Reimann sehr dankbar dafür, dass sie mit ihrem Einsatz in Niedersachsen und darüber hinaus dem Kampf gegen Armut und für die Verbesserung der Lebensbedingungen wohnungsloser Menschen ein Gesicht gibt.

Im vergangenen Jahr haben wir investive Maßnahmen für wohnungslose Menschen auf den Weg gebracht – beispielsweise den Ausbau von geschlechtergerechten und barrierefreien sanitären Anlagen, die Einrichtung von Hygiene-Centern zur medizinischen Betreuung in Tagesaufenthalten und die Verbesserung der Standards der Obdachlosenunterbringung.

Anrede,

unser Land ist reich. Trotzdem gibt es viele Menschen, die arm oder von Armut gefährdet sind. Dieser scheinbare Widerspruch beschreibt die zwei Seiten einer Medaille.

Ich habe es hier in diesem Hause schon einmal gesagt und wiederhole es aus gebotenem Anlass: Jeder Mensch, der in Armut lebt, ist einer zu viel.

Für uns als SPD reicht es aber nicht, die Herausforderungen zu beschreiben – wir stellen uns ihnen. In der Großen Koalition auf Bundesebene, aber auch hier bei uns in Niedersachsen, machen wir Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut:

Bis 2030 wird die SPD-geführte Landesregierung 40.000 neue Sozialwohnungen schaffen: Weil bezahlbares Wohnen die Basis unseres lebenswerten Miteinanders ist.

Wir haben als SPD-geführte Landesregierung kürzlich das Schulgeld für Gesundheitsfachberufe abgeschafft und die Kita-Gebühren aufgehoben.

Der Mindestlohn, den wir als SPD gerne weiter steigern möchten, ist die Basis, dass für gute Arbeit gute Löhne bezahlt werden, um am Ende eine Rente abseits der Grundsicherung zu bekommen.

Die Grundrente ergänzt dies in wichtiger Weise. Weil darüber schon so viel diskutiert worden ist in den vergangenen Wochen und Monaten, nur zwei Bemerkungen von mir dazu: Ich fand und finde es unwürdig, wie Teile der Politik abenteuerliche Klischees konstruiert haben, um die Bedürftigkeitsprüfung zu begründen.

Und ich sage klar: Die Grundrente ist ein Zeichen, dass wir es ernst meinen mit der sozialem Absicherung im Alter: Es muss aber dabei bleiben, dass gute Renten aus guten Löhnen gebildet werden und das bedeutet zuallererst eine Verantwortung der Arbeitgeber, nicht nach Wegen zu suchen, den Mindestlohn zu umgehen, sondern ihn verantwortungsbewusst zu zahlen.

Anrede,

ich glaube, dies alles zeigt: Niedersachsen ist auf Kurs. Wir wollen, dass unser Land zusammenbleibt.

Wir als SPD werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, dass uns das gelingt. Dieser Kampf braucht viele, die ihn führen. Schließen Sie sich an!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.